

# Avanti

2

Theoriebeilage

Was ist Faschismus?  
von  
Helmut Dahmer

ISO Rhein-Neckar

# NIE VERGESSEN: DIE SOLIDARITÄT



# Butter statt Kanonen!

## INHALT

## TITEL

- 01 NIE VERGESSEN: SOLIDARITÄT**  
Butter statt Kanonen?

## EDITORIAL / INHALT / KURZ &amp; KNAPP

- 02 KAPITALISMUS**  
Kurz & knapp

## SEITE DREI

- 03 NIE VERGESSEN: SOLIDARITÄT**  
Butter statt Kanonen?

## ANTIMILITARISMUS

- 04 KRIEG UND VÖLKERMORD**  
Jetzt stoppen

## ARBEITSWELT

- 05 KRISE DER GEWERKSCHAFTEN**  
Was tun?

- 06 KONFERENZ „BR IM VISIER“**  
Notwendiger denn je

- 07 ARBEITSZEIT**  
Verlängern statt verkürzen?

## INFOABEND PALÄSTINA

- 08 KRIEG OHNE ENDE**  
Auswege finden

## EDITORIAL

*Liebe Leserinnen und Leser,*

in klimatisch und politisch extrem heißen Zeiten wie diesen ist es noch wichtiger als sonst, einen kühlen Kopf zu behalten. Denn dann ist leichter zu erkennen, worin unsere Stärke besteht.

„Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht!  
Beim Hungern und beim Essen, vorwärts und nie vergessen: die Solidarität!“

So heißt es am Anfang des von Brecht geschriebenen Texts des Solidaritätslieds.

Sein Schluss lautet:  
„Vorwärts und nicht vergessen und die Frage konkret gestellt beim Hungern und beim Essen: Wessen Morgen ist der Morgen? Wessen Welt ist die Welt?“

In dieser Sommer-Ausgabe von *Avanti*<sup>2</sup> versuchen wir, Antworten auf diese Fragen zu finden.

Wir hoffen auf Euer Interesse und wünschen Euch einen erholsamen Sommer. Trotz alledem!

*Eure Redaktion*

Titelbild: Kundgebung in Mannheim, 1. Mai 2020.  
(Foto: Barabara Straube, Bearbeitung: Avanti<sup>2</sup>.)

## INHALT

## POLITISCHES KINO

- 09 FILM ZU BAUERNAUFSTÄNDEN**  
Aus der Geschichte lernen?

## ISO / POLITISCHE BILDUNG

- 10 ÖKOSOZIALISMUS**  
Konferenz in Köln

- 11 SOMMERCAMP**  
Jugendtreffen in Belgien?

- 11 SOMMERSEMINAR**  
Wer, wenn nicht wir

## RÜCKBLLENDE / TERMINE

- 12 500 JAHRE BAUERNKRIEG (VI)**  
Vergessene Frauen?

## 12 TERMINE

## THEORIEBEILAGE

- 01 ANTIFASCHISMUS**  
Thesen zum Faschismus

- 02 AUFKLÄRUNG UND AKTION**  
Fragen und Antworten?

## „Volksvertreter“ und „Vertretene“

R. S.

**D**ie jährlichen Renten- und Diätenerhöhungen orientieren sich an den durchschnittlichen Lohnentwicklungen. Das monatliche Durchschnittseinkommen lag im Jahr 2024 bei 4.701 €.

Die Rentenerhöhung wird ab Juli 2025 bei 3,74 % liegen. Die Löhne sind zuletzt um 3,69 % gestiegen. Der kleine Aufschlag von 0,05 % wird gezahlt, weil Rentner:innen stärker von den Erhöhungen bei den Sozialabgaben betroffen sind.

Die Diätenerhöhung für Bundestagsabgeordnete orientiert sich ebenfalls an der Entwicklung der Löhne. Theoretisch jedenfalls, praktisch werden die monatlichen Diäten in diesem Jahr von 11.227 € auf 11.833 € erhöht, das entspricht einem Plus von 5,4 %. (Quellen: FR, 07./14.6.25, stern.de, 11.6.25) ■

## KURZ & KNAPP

## Hafenarbeiter gegen Waffenlieferungen

E. B./R. S.

**A**m 4. und 5. Juni 2025 haben Hafenarbeiter im Hafen von Fos-sur-Mer (Südfrankreich) laut ihrer Gewerkschaft CGT das Verschiffen von 14 Tonnen Kriegsmaterial nach Israel verweigert. Die Arbeiter wollten nicht „an dem laufenden Völkermord, der von der israelischen Regierung inszeniert wird“ teilnehmen, teilte die Gewerkschaft mit.

Bei der Ladung soll es sich um in Marseille produzierte Teile für Maschinengewehre handeln. Die für den israelischen Hafen Haifa bestimmte Containerfracht stellten die Kollegen zur Seite.

Bereits zuvor gab es Blockadeaktionen unter anderem in belgischen, griechischen, italienischen und schwedischen Häfen. Eine gute Idee auch für Deutschland. (Quelle: FR, 6.6.25) ■

# Nie vergessen: die Solidarität! Butter statt Kanonen!

H. N.

**Die Biedermänner und Brandstifter dieser Welt ignorieren immer dreister Menschenrechte und Völkerrecht. Sie setzen auf ein „Recht des Stärkeren“.**

**H**ierzulande propagierte es vor allem der Jurist Carl Schmitt, ein Antisemit und Faschist. Bereits in seiner *Politischen Theologie* von 1922 schrieb er: „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet. [...] Der Ausnahmefall offenbart das Wesen der staatlichen Autorität am klarsten [...] die Autorität beweist, dass sie, um Recht zu schaffen, nicht Recht zu haben braucht.“

Offenkundig orientieren sich Autokraten, autoritäre Politiker, Superreiche und Wirtschaftsbosse weltweit an dieser Leitlinie, oft, ohne je selbst eine Zeile von Schmitt gelesen zu haben.

## „Drecksarbeit“ und Atombomben

Nach den Angriffen der israelischen Kriegsmaschinerie auf die Atomanlagen des iranischen Regimes und andere Ziele zeigte sich der Ex-Blackrock und jetzige Bundeskanzler Merz sehr beeindruckt. Er lobte diese völkerrechtswidrigen Attacken: „Das ist die Drecksarbeit, die Israel macht – für uns alle.“

Doch damit nicht genug. Innenminister Dobrindt (CSU) profiliert sich nicht nur durch illegale Abweisungen von Geflüchteten ganz im Sinne der AfD, sondern er sicherte Israels Regierungschef, dem Kriegsverbrecher Netanjahu, die anhaltende Solidarität der BRD zu.

Der in Korruptionsskandale verwickelte CDU-Fraktionschef Spahn verstärkte diesen eiskalt berechneten Rausch der „Kriegstüchtigkeit“ noch weiter. Ende Juni forderte er in dem rechten Springer-Blatt *Welt am Sonntag*: „Wir sollten eine Debatte über einen eigenständigen europäischen nuklearen Schutzschirm führen. Und das funktioniert nur mit deutscher Führung“.

Mit ihren zynischen Sprüchen beschleunigen Merz, Dobrindt und Spahn den durch die Bundestagswahlen verschärften Rechtsruck weiter.

## Entfesselter deutscher Imperialismus

Mit ihrer Politik der finanziell faktisch unbegrenzten Aufrüstung, Militarisierung und Kriegstreiberei forciert die Koalition aus CDU/CSU und SPD die Entfesselung des deutschen Imperialismus nach außen wie nach innen.

Laut den am 24. Juni 2025 vorgelegten Eckwerten für die kommende Haushaltsplanung soll der „Verteidigungshaushalt“ von 62,4 Mrd. € in 2025 auf 152,8 Mrd. € in 2029 weiter ansteigen. Hinzukommen sollen dann die ebenfalls von der „Schuldenbremse“ ausgenommenen Mittel für Zivil- und Bevölkerungsschutz (2,3 Mrd.), Geheimdienste (2,4 Mrd.), IT-Sicherheit (1,7 Mrd.) und Waffenlieferungen vor allem an die Ukraine (8,5 Mrd.).

In Summe wären dies 167,8 Mrd. € bzw. 3,5 % des „Bruttoinlandsprodukts“ (BIP) in 2029. Dazu müssten noch die Gelder

für militärische Infrastrukturausgaben in Höhe von 1,5 % des BIP addiert werden. Insgesamt würde dann also 2029 rund 240 Mrd. € oder 41,8 % des geplanten Gesamthaushalts von 573,8 Mrd. € für „Verteidigung“ ausgegeben!

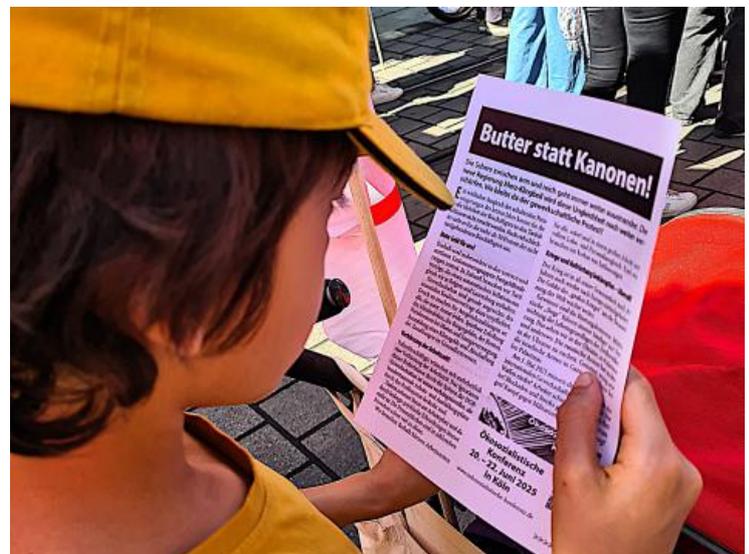
## Aufklärung und Widerstand!

Es stellen sich da wenigstens zwei kleine Fragen. Erstens: Wer oder was soll in einem „modernen“, gar mit Atomwaffen geführten Krieg „verteidigt“ werden? Wohl kaum die fast 83 Millionen Menschen, die nicht zur kleinen Klasse der 678.000 Reichen und 3.900 Superreichen gehören. Letztere besitzen allein 27 % des gesamten Finanzvermögens. Und zweitens: Wer soll das bezahlen? Nach dem Willen der Regierung Merz/Klingbeil jedenfalls nicht diese 682.000 Millionäre und Milliardäre, denen sie ganz besonders verpflichtet ist.

„Kanonen statt Butter“ hieß es bereits im Faschismus. Diesen Nazi-Slogan greifen gut bezahlte Propagandisten der Militarisierung wie die VWL-Profis und „Politikberater“ Fuest (Ifo-Institut) und Schularick (Institut für Weltwirtschaft/IfW) skrupellos auf.

Fuest sagte laut *Tagesschau*: „Kanonen und Butter – das wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Scharaffenland. Das geht nicht. Sondern Kanonen ohne Butter.“ Schularick meinte im *Spiegel* „Mittelfristig wird kein Weg daran vorbeiführen, harte Budgetentscheidungen zwischen ‚Kanonen und Butter‘ zu treffen.“

Es liegt an uns allen, über diesen – für wenige sehr profitablen und für die übergroße Mehrheit extrem gefährlichen und teuren – Irrsinn aufzuklären, ihn zu bekämpfen und zu stoppen! ■



DGB-Demo in Mannheim, 1. Mai 2025.

Foto: Privat.

# Keine Unterstützung für Israel und den Angriff der USA!

## Stoppt den Krieg!

KOORDINATION DER ISO

### 1. Imperialistische Neuordnung auf dem Rücken der Völker der Welt

Die aktuelle Eskalation ist kein isoliertes Ereignis, sondern Ausdruck einer weltweiten Neuordnung im imperialistischen Welt-system. Der weltweite Rechtsruck, der Putsch der Milliardäre in USA und anderswo, die 5-Prozent-BIP-Aufrüstung, die enorme Gefahr des Atomkriegs verschärfen diesen Prozess. Der teilweise ökonomische Niedergang der USA, gepaart mit innerer Instabilität und hochentwickelter Militärtechnologie, trifft auf den Aufstieg Chinas zur neuen industriellen Führungsmacht. Diese tektonischen Verschiebungen verschärfen die globalen Konflikte

nien – gesellschaftlich, ökonomisch und militärisch.

Westasien – die Region um Israel, Palästina und den Iran – wird zunehmend zum zentralen Schauplatz dieser Auseinandersetzungen, mit all den dramatischen Folgen für die dort kämpfenden Bewegungen. Die USA versuchen, ihre schwindende Hegemonie mit allen Mitteln zu sichern – wenn nötig mit Krieg, auch wenn das in direkter Opposition zur eigenen Wähler:innenschaft geschieht. Israel übernimmt in dieser Strategie eine aggressive Vorreiterrolle: als bewaffnete Speerspitze „westlicher“ Vorherrschaft.

### 2. Krieg stoppen – Solidarität mit den Unterdrückten statt Schulterchluss mit den Kriegstreibern

Mit den jüngsten Luftschlägen auf iranische Ziele haben sich die USA offen in den israelischen Angriffskrieg eingeschaltet. Was als Prävention präsentiert wird, ist in Wahrheit Teil einer imperialistischen Aggression und Machtdemonstration.

Während Israel seit Monaten einen Genozid in Gaza vollzieht – zehntausende Tote, zerstörte Infrastruktur, gezielte Vertreibungen,

systematische Aushungerung – wird der Krieg nun auf den Iran ausgeweitet. Die USA legitimieren und unterstützen diesen Kurs politisch und militärisch, während sie sich zugleich als „Ordnungsmacht“ inszenieren. Die Angriffe schwächen auch die Opposition im Iran, die für die Rechte von Frauen, gegen Hinrichtungen und für Freiheit vom autoritären Regime kämpft.

### 3. Deutschland: Komplize durch Waffen, Schweigen und Doppelmoral

Merz spricht von „Drecksarbeit“ – und macht Deutschland einmal mehr mitschuldig. Während andere die Knöpfe drücken, liefert Deutschland weiter Waffen an Israel, gibt politische Rückendeckung und unterdrückt gleichzeitig jede ernsthafte Kritik. Widerstand und Widerspruch werden weiter als Antisemitismus denunziert; Menschen, die diese Politik anklagen, werden diffamiert und drangsaliert. Die Medien beugen sich dieser Politik weitgehend – wie zuletzt bei der Berichterstattung über die Massendemonstration am 21.6. zu beobachten war.

Wer in Deutschland gegen den Genozid in Gaza protestiert, wird diffamiert, teilweise kriminalisiert. Wer die Stimmen der

israelischen und iranischen Linken öffentlich macht, wird zum Schweigen gebracht. „Völkerrecht“, so wird immer deutlicher, interessiert die Herrschenden nicht. Das Recht des Stärkeren wird offen als politische Strategie verfolgt, der sich zu unterwerfen ist. Angriffe aus Tel Aviv oder Washington werden als „Verteidigung“ gerechtfertigt.

Wir sagen klar: Die Bundesregierung muss jede Unterstützung für Israels Kriegspolitik beenden – politisch, wirtschaftlich, diplomatisch und militärisch. Schluss mit Doppelmoral und falscher Solidarität!

### 4. Genozid in Gaza: benennen, anklagen, Widerstand organisieren

Während neue Fronten eröffnet werden, geht der Genozid in Gaza unvermindert weiter. Die systematische Zerstörung wird zur Überlebensfrage eines ganzen Volkes. Diese Verbrechen dürfen nicht weiter relativiert, gerechtfertigt oder verdrängt werden – auch nicht im Schatten eines größeren Krieges. Die Heuchelei wird umso unerträglicher, weil durch den aggressiven Kriegskurs nun auch Israel selbst bombardiert wird – und sich einmal mehr zeigt: Weder Netanjahu, noch Trump oder Merz ging es je um den Schutz der israelischen Bevölkerung und schon gar nicht um Menschenrechte.

Die internationale Bewegung gegen den Krieg kann sich in dieser Situation erneuern und ausweiten. Unsere Aufgabe ist es, die Stimmen der Unterdrückten zu stärken – in Gaza, im Iran, in Israel – und hier bei uns Widerstand gegen das eigene herrschende System zu organisieren.

Das bedeutet:

- Verteidigung der Menschenrechte
- Uneingeschränkte humanitäre Hilfe

- Waffenstillstand sofort
- Ablehnung aller imperialistischen Interventionen
- Schluss mit der gegenseitigen Waffenhilfe und militärischen Kooperation
- Blockade von Waffenlieferungen
- Organisation humanitärer Hilfe für die Opfer des Krieges in Gaza.
- Schutz des Demonstrationsrechts auch für Palästina-Solidarität
- Internationale Solidarität mit den emanzipatorischen Bewegungen im Nahen und Mittleren Osten
- Wir rufen alle Gewerkschafter:innen, antirassistische Bewegungen, Gruppen der Friedens-/Antikriegsbewegung und Sozialist:innen auf: Kommt zusammen, organisiert Proteste, stärkt die internationale Solidarität!
- Gegen Krieg, Besatzung und Genozid – für eine Zukunft jenseits imperialistischer Gewalt!

(29. Juni 2025) ■

# Krise der Gewerkschaften? Jetzt gegensteuern!

H. S.

**Nur noch insgesamt 5.578.915 Menschen waren Ende 2024 Mitglied in einer der acht im DGB organisierten Einzelgewerkschaften. 1990 hatte der DGB noch 11,8 Millionen Mitglieder.**

**D**er Anteil der Beschäftigten, die Mitglied einer DGB-Gewerkschaft sind, lag Ende 2024 bei knapp zehn Prozent. Diese Entwicklung ist für die Gewerkschaften fatal, denn wo es keine oder zu wenige Mitglieder gibt, sind Durchsetzungsfähigkeit und Streikfähigkeit in gefährdet oder gar nicht (mehr) vorhanden.

Der seit Jahren in den meisten Einzelgewerkschaften anhaltende Mitgliederrückgang hat allerdings bislang nicht dazu geführt, die eigentlichen Ursachen dieser gefährlichen Entwicklung zu analysieren und die erforderlichen Schlüsse daraus zu ziehen.

Natürlich gibt es für die Schwächung der Gewerkschaften auch „objektive“ Gründe wie zum Beispiel Betriebsschließungen, Verlagerungen ins Ausland, eine hohe verfestigte Arbeitslosigkeit, das Abdrängen von Menschen in Hartz-IV/Bürgergeld, die Zunahme prekärer Beschäftigung mit der damit verbundenen Spaltung der Belegschaften und die durch den Rechtsruck verursachte Gewerkschaftsfeindlichkeit.

Aber die zentrale Ursache für die Mitgliederrückgänge ist das fehlende Bewusstsein der abhängig Beschäftigten. Ohne das solidarische Selbstverständnis als soziale Klasse ist es nicht möglich, spürbare Verbesserungen für sich selbst und die Gesellschaft zu erreichen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verstanden sich die Gewerkschaften als Kampforganisationen, die für die Durchsetzung der Mitgliederinteressen regelmäßig streikten. Dies hatte nicht nur eine hohe Kampfbereitschaft zur Folge, sondern hatte sich auch in hohen Mitgliederzahlen niederschlagen.

## „Sozialpartnerschaft“ schwächt Gewerkschaften

Der mittlerweile von fast allen Gewerkschaften praktizierte, Erzwingungsstreiks vermeidende „sozialpartnerschaftliche“ Kurs gegenüber den Kapitaleignern, führt zwangsläufig zu mehr oder weniger faulen Kompromissen und zur Entpolitisierung der Beschäftigten.

Die Beschäftigten werden daran gehindert, wichtige Kampferfahrungen zu machen und den grundsätzlichen Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital zu erkennen.

Es braucht aber die Kampferfahrung der Kolleg:innen, um das Vertrauen der Belegschaften in die eigene Kraft, aber auch das Vertrauen in ihre gewerkschaftliche Organisation selbst zu entwickeln.

Das in vielen Betrieben praktizierte Co-Management durch gewerkschaftlich organisierte Betriebsräte hat in Verbindung mit einer „sozialpartnerschaftlichen“ Tarifpolitik zunehmend negativere Folgen. Unter anderem sind die realen Tarifröhne in-

zwischen auf das Niveau von 2016 zurückgefallen. Das hat auf breiter Front Glaubwürdigkeit und Vertrauen in die Gewerkschaften zerstört.

## Gegenmacht stärkt Gewerkschaften

Vor diesem Hintergrund ist die Änderung der politischen Ausrichtung der Gewerkschaften hin zu Kampforganisationen zur Durchsetzung der Beschäftigteninteressen unabdingbar. Sie würde die Bereitschaft der Kolleginnen und Kollegen fördern, sich für die eigenen Anliegen in den Gewerkschaften zu engagieren.

Dazu müssen die Kolleginnen und Kollegen, insbesondere die Vertrauensleute, stärker in demokratische Entscheidungsabläufe eingebunden und informiert werden. Ohne eine entwickelte Vertrauensleutearbeit, die auch gesamtgesellschaftliche Themen einbezieht, kann es keine gute Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit geben.

Das Streikrecht ist in Deutschland massiv eingeschränkt. Umso mehr sind Gewerkschaften verpflichtet, es zu stärken. Die Verteidigung der Tagesinteressen muss deshalb in eine gesamtgesellschaftliche Perspektive der kämpferischen Gegenmacht eingebettet werden.

Die Gewerkschaften sollten offensiver als bisher die Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen suchen, die für sozialen Wohnungsbau und bezahlbare Mieten (einschließlich der Enteignung privater Immobilienkonzerne), für Klima- und Umweltschutz eintreten, die Solidarität mit Geflüchteten einfordern und der AfD und Neonazis entschlossen entgegentreten.

Insbesondere die Friedensbewegung bedarf in Zeiten der Militarisierung der Gesellschaft und der proagierten „Kriegstüchtigkeit“ dringend der aktiven Unterstützung der Gewerkschaften. ■



Kämpferische Alstom-Demo in Mannheim, 2.11.2010.

Foto: Helmut Roos.

# Bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“ am 11.10.25

S. K.

**Im Mannheimer Gewerkschaftshaus findet bereits zum zwölften Mal die bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“ statt. Die Tagung gegen „Bossing, Mobbing & Co.“ beginnt am 11. Oktober 2025 um 13:00 Uhr.**

**H**aupthemen des jährlichen Zusammentreffens von aktiven Betriebsrats- und Gewerkschaftsmitgliedern sind die erfolgreiche Vorbereitung der 2026 anstehenden Betriebsratswahlen, die Stärkung betrieblicher Gegenmacht und die Bekämpfung der unhaltbaren Zustände in Musks Tesla-Imperium.

Das Mannheimer Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ organisiert das Zusammentreffen mit freundlicher Unterstützung von IG Metall Mannheim, Anlaufstelle gegen Union Busting beim IGM-Vorstand, DGB Baden-Württemberg, IGBCE OG Weinheim, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt Baden, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar und work-watch Köln.

In der Einladung zur Veranstaltung heißt es: „Wer im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung nach dem Thema Abwehr von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung sucht, findet – weiße Flecken. Die Ampel-Koalition hatte noch beschlossen, den § 119 Betriebsverfassungsgesetz von einem Antrags- in ein Officialdelikt umzuwandeln. Passiert ist – nichts. Auch das skandalöse Nachwirken des faschistischen Arbeitsunrechts unter anderem durch die Verdachtskündigungen ist bis heute nicht beendet.“

Obwohl also diese Themen in der Bundespolitik platziert worden sind, droht weiterhin nichts zu passieren. Dies ist umso skandalöser als Betriebsrats-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung in immer mehr Unternehmen und Einrichtungen als „normal“ angesehen werden.

## Klassenkampf von oben

Wie sehr mittlerweile der verschärfte Klassenkampf von oben – selbst ohne personenbezogene Angriffe – und die meist fehlende konsequente Gegenwehr von unten Betriebsräte und Gewerk-

schaften schwächen, zeigen aktuelle Zahlen.

Anfang 2000 waren noch knapp 7,8 Millionen Menschen in den DGB-Gewerkschaften organisiert, Ende 2024 nur noch 5,6 Millionen. Zudem sind etwa 25 % aller Mitglieder der DGB-Gewerkschaften erwerbslos oder in Rente.

Diese Entwicklung steht in scharfem Kontrast zur Zahl der abhängig Beschäftigten in der BRD. Sie lag im Jahr 2024 laut Statistischem Bundesamt bei rund 42,3 Millionen. In den DGB-Gewerkschaften waren also Ende 2024 nur noch knapp 10 % aller Werkstätigen organisiert.

Auch die Tarifbindung ist weiter zurückgedrängt worden. 2024 waren bloß noch rund 49 % aller abhängig Arbeitenden in einem Unternehmen mit Tarifbindung beschäftigt. Weitere alarmierende Befunde sind, dass es lediglich in knapp rund 10 % der Unternehmen noch eine betrieblich gewählte Interessenvertretung gibt und 40 % aller Beschäftigten von einem Betriebs- bzw. Personalrat vertreten werden.

Betriebs- und Personalräte, Mitarbeitervertretungen, Gewerkschaften, Gesetze und Tarifverträge werden immer häufiger als Hindernisse für angeblich erforderliche „Sparzwänge“ angesehen.

## Legal, illegal, völlig egal

Hindernisse müssen aus einem solchen Blickwinkel umgangen, „reformiert“ oder ganz beseitigt werden. Frei nach dem Motto – legal, illegal, völlig egal.

Zum Einsatz gegen betrieblich und gewerkschaftlich Aktive kommen dann teure Unrechtskanzleien, die mit konstruierten Abmahnungen, Verleumdungen und Verdachtskündigungen arbeiten.

In der Öffentlichkeit wird diese Durchsetzung eines „Rechts des Stärkeren“ – von prominenten Ausnahmen wie Tesla abgesehen – nach wie vor viel zu wenig wahrgenommen und angeprangert. Das ermutigt die kriminellen Täter zusätzlich, zumal sie in der Regel rechtlich nicht belangt werden.

Die gemobbten, meist schwer erkrankten und gekündigten Opfer müssen hingegen ihre Unschuld beweisen. Das ist ein nicht hinnehmbarer Skandal.

Es ist kein Zufall, dass bereits in der Entschließung der letztjährigen Tagung „Betriebsräte im Visier“ festgestellt wurde: „Die Förderung starker demokratischer Gegenmacht in Betrieben und der Gesellschaft ist [...] eine wesentliche Voraussetzung, um Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung sowie den Vormarsch der Rechten stoppen zu können.“ ■



IGM-Aktionstag in Frankfurt/Main, 15. März 2025.

Foto: Privat.

Anmeldung per E-Mail an: [solidaritaet@gegen-br-mobbing.de](mailto:solidaritaet@gegen-br-mobbing.de).  
Weitere Infos unter: [www.gegen-br-mobbing.de](http://www.gegen-br-mobbing.de).

# Arbeit für alle – Achtstundentag verteidigen!

O. T.

**Unter dem Schlagwort „Flexibilisierung“ will die Koalition aus CDU/CSU/SPD eine der größten Errungenschaften der internationalen Arbeiterbewegung beseitigen: den Achtstundentag.**

**D**ie Einführung einer maximalen Wochenarbeitszeit anstatt einer täglichen Regelarbeitszeit von acht Stunden bedeutet, deutlich über acht Stunden hinausgehende Arbeitszeiten zu normalisieren.

Beschäftigten wird die angekündigte weitere „Flexibilisierung“ schaden. Das Risiko für Arbeitsunfälle und arbeitsbedingte Krankheiten wird sich erhöhen.

## Erkämpft – nicht geschenkt

Der Achtstundentag ist nicht vom Himmel gefallen, er wurde hart erkämpft. Durch Streiks und Aufstände konnte ihn die internationale Arbeiterbewegung durchsetzen. Erstmals 1856 durch Bauarbeiter in Melbourne und dann zum Beispiel 1904/05 durch den fünfmonatigen Streik der Textilarbeiterinnen im sächsischen Crimmitschau. In Deutschland wurde der Achtstundentag infolge der Novemberrevolution 1918 Gesetz.

Statt einer Verlängerung des Arbeitstages und noch mehr Flexibilisierung brauchen wir eine schnelle Verkürzung der Arbeitszeiten. Das belegen auch die Fakten.

Im Jahr 2024 leisteten die Beschäftigten in Deutschland rund 552 Millionen bezahlte und etwa 638 Millionen unbezahlte Überstunden. Mehr als zwei Drittel der Überstunden leisteten Männer mit 69,2 Prozent, die Frauen waren mit 30,8 Prozent beteiligt.

Das Arbeitsvolumen ist in Deutschland in den letzten 20 Jahren – mit Ausnahme der Coronaphase – aufgrund der Zunahme an Erwerbstätigen stetig gestiegen. Von 2005 bis 2023 nahm das Arbeitsvolumen von 58,6 Milliarden Stunden bis auf 61,7 Milliarden zu.

## Verkürzen statt Verlängern

Auch der Umfang der Teilzeitarbeit ist von 6,5 Milliarden Stunden im Jahr 2000 auf fast 12 Milliarden im Jahr 2024 gestiegen. Über sieben Millionen Minijobber gab es Anfang 2024 in Deutschland.

Die Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen lag bei rund 1.335 Stunden. Bei teilzeitbeschäftigten Erwerbstätigen betrug die durchschnittliche Arbeitszeit rund 714 Stunden im Jahr. Beide Werte lagen somit leicht unter den Vorjahren.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich könnte das verfügbare Erwerbsarbeitspotential und das entsprechende Arbeitsvolumen mit sehr positiven Resultaten umverteilen. Viele der derzeit 1,65 Millionen registrierten Erwerbslosen könnten eine Arbeit bekommen. Teilzeitbeschäftigte könnten ihre Arbeitszeit nach ihren Bedürfnissen erhöhen.

Arbeitszeitverkürzung heißt: Weniger Zeit zur Ausbeutung der Arbeitskraft, mehr Zeit für das Leben und die Gesundheit, mehr Zeit für Partnerschaften, Kinder und alte Menschen, mehr Zeit für (Aus-)Bildung und Kultur sowie für gewerkschaftliches und politisches Engagement.



## 30-Stundenwoche jetzt!

Durch eine jährliche Reduzierung der Arbeitszeit von Vollbeschäftigten um fünf Prozent in den nächsten fünf Jahren kann für die 23,5 Millionen Vollzeitbeschäftigten die 30-Stundenwoche erreicht werden. Sie würde nach und nach 4,7 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze oder ein zusätzliches Arbeitsvolumen von 6,6 Milliarden Stunden ermöglichen.

Außerdem muss es zu einem Ausbau der Beschäftigung im öffentlichen Sektor kommen. Allein die vollständige Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit würde etwa 80 Milliarden Euro an öffentlichen Mitteln jährlich einsparen. Eine solidarische Steuerpolitik kann mit zur Gegenfinanzierung genutzt werden.

Leider spielte und spielt die kollektive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich bei den Tarifverhandlungen der Gewerkschaften in den letzten Jahren kaum oder gar keine Rolle. Das muss sich ändern.

Eine Arbeitszeitverkürzung wird allerdings nicht allein durch betriebliche Kämpfe und Streiks zu erreichen sein. Nur eine breite politische, die arbeitende Klasse mobilisierende Kampagne wird zu einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung führen.

Wichtige Bündnispartner:innen für die Gewerkschaften in Fragen der Arbeitszeit sind deshalb insbesondere die Frauenbewegung mit ihrer Forderung nach einer neuen Verteilung der Geschlechterrollen, die Umwelt- und Klimabewegung sowie die Antikriegsbewegung mit ihrer Forderung nach Konversion schädlicher Produktionen.

Gerade jetzt gilt der Satz: „Es gibt nichts Gutes, es sei denn wir tun es!“

# „Deutsche Staatsräson oder Völkerrecht? Zur Geschichte und Zukunft Palästinas.“

## Infoabend mit Arne Andersen

A. N.

**Zu diesem Thema lud das Aktionsbündnis „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“ am 27. Juni in das Mannheimer Gewerkschaftshaus ein. Der Infoabend mit dem Historiker und Autor Arne Andersen fand mit Unterstützung von attac LU, attac MA, DFG-VK MA-LU, Friedensbündnis Mannheim, IGBCE OG Weinheim, ISO Rhein-Neckar und IWA e. V. statt.**

**A**ndersen stellte vor etwa 60 Personen im überfüllten DGB-Jugendraum die Kontinuität der palästinensischen Vertreibung als Projekt des Zionismus dar.

Mit den aktuellen Entwicklungen erreichen uns praktisch täglich Nachrichten, die uns fassungslos machen. So haben mehrfach in den vergangenen Tagen israelische Soldaten Palästinenser:innen erschossen, die verzweifelt und entkräftet für die Aufgabe von Hilfsgütern anstanden.

Andersen nahm uns mit auf eine Zeitreise durch die letzten 130 Jahre. Sie machte klar, dass der aktuelle Völkermord nicht plötzlich vom Zaun gebrochen worden ist. Er ist Ergebnis des zionistischen Plans, den federführend Theodor Herzl 1896 entwickelte.

### Historischer Abriss

Arne Andersen legte sehr fundiert den Einfluss des Zionismus auf die Entwicklung Palästinas dar. 1850 lebten in Palästina Muslime, Juden und Christen noch friedlich zusammen. Mit dem Kapitalismus wurde im 19. Jahrhundert jedoch auch der Nationalismus immer stärker. Aus ihm resultierte ein neuer Antisemitismus.

Die Antwort einer kleinen Minderheit in jüdischen Kreisen darauf war ein eigener Nationalismus: der Zionismus. Für ihn musste aus einer Religionsgemeinschaft ein Volk konstruiert und ein Land gefunden werden.

In Dokumenten, die lange Zeit unter Verschluss blieben, bezeichnete sich der Gründungsvater des Zionismus, Herzl, stolz als Kolonialisten. Er träumte bereits damals von der Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung aus dem Gebiet des „Eretz Israel“ (Groß-Israel).



Arne Andersen (re.) in Mannheim, 27. Juni 2025.

Foto: Avanti?.

Die zionistische Ideologie wurde somit lange vor der systematischen Vernichtung jüdischen Lebens im Holocaust propagiert. Durch den Holocaust gewann das zionistische Projekt jedoch an Anziehungskraft.

Mit der Gründung des Staates Israel begann die Geschichte einer anhaltenden Vertreibung bis hin zur aktuellen Auslöschung von großen Teilen der palästinensischen Bevölkerung in einem Genozid.

Anhand vieler Karten und auch persönlicher Erfahrungen legte Arne Andersen dar, was die expansive Landnahme des israelischen Staates für die palästinensische Bevölkerung bedeutet.

Der aggressive Kurs der Regierung Netanjahu gegen die palästinensische Bevölkerung wird grundsätzlich auch von der israelischen Arbeiterpartei und dem Gewerkschaftsbund Histadrut unterstützt. Die Histadrut ist seit ihrer Gründung mit beteiligt an der Vertreibung der Palästinenser:innen. Mitglied dürfen nur Jüd:innen werden. Den Gewerkschaftsbeitrag müssen jedoch auch palästinensische Arbeiter:innen in Israel zahlen.

### Intensiver Austausch

Trotz der heißen und stickigen Luft im Veranstaltungsraum beteiligten sich nach dem 1,5-stündigen Vortrag des Referenten noch viele Teilnehmende an dem anschließenden Austausch. Besonders drängte dabei die Frage: Was können wir hier tun?

Gar nicht so wenig, wie sich herausstellte: einerseits regelmäßige Mahnwachen, Infostände und Kundgebungen. In zahlreichen Ländern verhindern Hafentarbeiter:innen aber auch die Ausfuhr von Waffen nach Israel. Warum nicht auch in der BRD, dem zweitgrößten Waffenlieferanten Israels?

Auch im Mannheimer Hafen sollen Waffen für Israel umgeschlagen werden. So könnte das Gespräch mit Beschäftigten etwa des Logistikkonzerns Maersk gesucht werden.

Und warum nicht auch mal Unrechtsorte blockieren, wie es immer wieder die Aktions- und Musikgruppe Lebenslaute tut?

Wichtig war Teilnehmenden auch die Rolle der Gewerkschaften. Arne Andersen betonte zurecht: „Wir sind die Gewerkschaft!“. Auch deshalb wurde es als positives Zeichen gesehen, dass diese Veranstaltung – anders als vorige zu dem Thema – in den Räumlichkeiten des DGB Mannheim stattfinden konnte.

Wir müssen uns in unseren Gewerkschaften stark machen gegen den Völkermord in Gaza und gegen den weltweiten „Putsch der Milliardäre“. Die aktuellen politischen Verhältnisse und Entwicklungen in Palästina, in der BRD und global machen das gemeinsame solidarische Handeln gegen die massiven Angriffe von oben immer notwendiger. ■

# Thomas Müntzer und die Bauernaufstände

## Ein Geschichtsabend der besonderen Art

N. B.

**In Kooperation mit dem Aktionsbündnis „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“ zeigte am 5. Juni 2025 das Mannheimer kommunale Kino Cinema Quadrat „Thomas Müntzer – Ein Film deutscher Geschichte“. Dieses Werk wurde bereits 1956 von der DEFA in der DDR veröffentlicht.**

**D**er von über 50 Anwesenden gut besuchte Abend verband musikalisches Geschichtserleben mit den filmischen Eindrücken von den Bauernaufständen, aber auch (implizit) der Geschichtsschreibung und -darstellung der DDR.

### Musikalische Zeugnisse der Zeit

Eröffnet wurde der Abend im Cinema Quadrat mit insgesamt drei Liedern aus der Zeit der Bauernaufstände und teils mit Instrumenten der Zeit. So spielte Michael Cszakóczy auf der Leier das Stück vom schwarzen Mönch und der Näherin, die sich gegen die strikte kirchliche Ordnung der Zeit zusammmentun. Auf der Theorbe interpretierte er das Stück eines entflohenen Ritters, der zum Aufstand gegen die Unterdrückung durch Adel und Klerus aufruft. Bernd Köhler ergänzte stimmungsvoll mit Franz-Josef Degenhardts Ballade von Joß Fritz, dem Begründer der Bundschuh-Bewegung in der Zeit vor den Bauernaufständen. Degenhardt nannte sein Werk auch die „Legende von der revolutionären Geduld und Zähigkeit und vom richtigen Zeitpunkt“.

### Ideologischer Kontext

Nach der musikalischen Einstimmung richtete Wolfgang Alles für das Aktionsbündnis „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“ einige Worte an das Publikum. Er ordnete den Film in seine Entstehungszeit und seine Funktion für das SED-Regime ein. Die Bauernaufstände und die Figur des Thomas Müntzer sollten mit dem Film als Vorläufer des „ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates“ instrumentalisiert werden, als welchen die SED-Führung „ihre“ DDR verstand.

Diese historische Verfälschung wurde im Film spätestens mit dem Auftauchen schwarz-rot-goldener Fahnen in den aufständischen Bauernhaufen deutlich, die vom Publikum im Cinema Quadrat mit einem erstaunten, teil belustigten, teils verärgerten Raunen aufgenommen wurden.

Die Bedeutung des Films für die SED-Propaganda zeigt sich auch in dem enormen Aufwand, der gemessen an den zeitgenössischen Standards für diesen DEFA-Film betrieben wurde. Schließlich sollte er auch nach außen die deutsche Einheit propagieren, für welche die SED damals noch eintrat.

### Historisches miterleben

Bei aller ideologischer Färbung vermittelt der Film „Thomas Müntzer“ jedoch auch viele historisch belegte Entwicklungen und lässt das Publikum die Zeit der Bauernaufstände miterleben: Das Leid insbesondere der Leibeigenen und der verarmten, bis aufs letzte ausgebeuteten Landbevölkerung, das Aufkeimen von Widerstand und die Sorgen und Ängste, was dieser bei den Herrschenden auslösen könnte, der Mut und die Hoffnung, die aus den kollektiven Erhebungen hervorgehen.

### Und die Bäuerinnen?

In dem Film nehmen auch vereinzelt Frauen eine wichtige Rolle ein, worin er sich von vielen anderen Darstellungen positiv abhebt: Die Frauen nicht nur als sorgende und besorgte Begleiterinnen ihrer Männer, sondern als aktive Aufständische und zumindest in einem Fall auch als Mitstreiterin im Bauernhaufen. Thomas Müntzers Frau

Otilie tritt zwar nicht als aktive Kämpferin auf, nimmt aber zumindest teilweise an strategischen Diskussionen teil und bekräftigt ihren Mann, auch bei aufkommenden Zweifeln weiterzumachen.

### Ende mit Schrecken und seine Folgen

Schließlich enden die Bauernaufstände im Schrecken des brutalen, vom steinreichen Fugger-Clan finanzierten ersten Vernichtungsfeldzugs des Schwäbischen Bundes unter Führung des Truchseß von Waldburg in Süddeutschland und der anderen Gräueltaten in den weiteren Aufstandsgebieten.

In seiner Einführung verwies Wolfgang Alles auf die Opfer des organisierten Massenmords: 70.000 bis 100.000 Menschenleben fielen den Herrschenden in den Aufstandsgebieten zum Opfer, das sind etwa 3 % der Bevölkerung – ganz zu schweigen von den physischen und psychischen Verstümmelungen der Überlebenden.

Bis zur Französischen Revolution waren die armen, unterdrückten Massen damit erstmal ruhiggestellt, wagten keine größeren Erhebungen mehr.

So bleiben am Ende des Films eine bedrückende Stimmung und eine gewisse Ratlosigkeit, wie sie die Geschichte der Bauernaufstände und ihrer grausamen Niederschlagung in sich trägt. ■



Michael Cszakóczy und Bernd Köhler im Cinema Quadrat, 15. Juni 2025.

Foto: N. B.

# Ökosozialistische Konferenz 2025 in Köln

A. N.

**Vom 20. bis 22. Juni fand in Köln die Ökosozialistische Konferenz der ISO statt. Über 70 Genoss:innen und Aktivist:innen aus einer Vielzahl an Betrieben und Bewegungen aus der gesamten Bundesrepublik, aus Österreich, Frankreich und Brasilien waren dafür angereist. Das Programm? Eine gute Mischung aus großen Podiumsdiskussionen, Arbeitsgruppen und informellem Austausch prägten die Konferenz.**

**A**ber von vorn: Die ISO organisiert seit einigen Jahren die Ökosozialistische Konferenz. Dort gibt es Raum, um die brennendsten Fragen unserer Zeit zu diskutieren. Das Ziel ist es, aus vielen spezifischen Initiativen mit der Zeit ein gemeinsames ökosozialistisches Projekt zu entwickeln.

Schon mit einem Blick ins Programm wird schnell klar: Als Ökosozialist:innen halten wir die weiter beschleunigte Klimazerstörung für zentral. Unser Sozialismus beschränkt sich jedoch nicht auf die Ökologie. Er verbindet diese mit allen anderen gesellschaftlichen Bereichen.

## Gefahr von Rechts

Insbesondere in der ersten Podiumsdiskussion wurde an zwei Beispielen deutlich, wieso Ökologie und soziale Fragen zusammengedacht werden müssen. Ingar Solty und Antonio Andrioli diskutierten die Zerstörung des „liberalen Rechtsstaats“ in den USA durch den Trumpismus und in Brasilien durch den Bolsonarismus.

Diese Zerstörung geht in beiden Staaten auch mit der massiven Ausbeutung der Natur einher. Sie führt zu einer wahren Katastrophe für Menschen und Umwelt.

Die erfolgreiche „Einheitsfront“ mit Wahlbündnissen gegen Bolsonaro in Brasilien

rief Hoffnungen hervor, die nun unter Lula zunehmend enttäuscht werden. Das zeigt einmal mehr: Innerhalb des bestehenden kapitalistischen Systems können die Ursachen der autoritären, rechten und faschistischen Bedrohungen nicht überwunden werden.

Wie aber ist die Situation in Deutschland? Stehen wir bereits vor einem „neuen 33“? Für wie relevant halten wir die Frage, ob die AfD „nur“ als rechte oder doch als faschistische Partei einzuordnen ist? In einer Diskussion mit reger und vielfältiger Beteiligung waren wir uns zumindest darin einig, dass die Gefahr sehr ernst zu nehmen ist und wir mit aller Kraft die Wahrung unserer Grund- und Menschenrechte verteidigen müssen.

## Global denken, lokal handeln

Adam Hanieh legte in einer Veranstaltung zu Imperialismus dar, dass die sich immer weiter verschärfenden Kriege und Krisen im „Nahen Osten“ nicht „nur“ eine humanitäre Katastrophe bedeuten. Vielmehr hängen sie insbesondere durch das gehäufte Vorkommen fossiler Brennstoffe in der Region sowohl in ihrer Ursache als auch in ihren Auswirkungen eng zusammen mit der Klimazerstörung.

Geprägt war die Konferenz auch von der Auseinandersetzung mit dem Völkermord

in Gaza, den weiteren Krisen im „Nahen Osten“ (Israel – Iran, Syrien) und in der Ukraine.

Ein zweiter wichtiger Strang der Konferenz war unser politisches Handeln an unseren Wohn- und Wirkorten. Im globalen Kapitalismus und in der Klimazerstörung hängen auch Arbeitskämpfe hierzulande eng mit Kriegen und Krisen auf der ganzen Welt zusammen.

Besonders prägnant brachte dies der Titel einer weiteren Podiumsdiskussion auf den Punkt: „Straßenbahnen statt Panzer“. Kämpferische Aktivist:innen und Gewerkschafter:innen aus Verkehrswende-Initiativen sowie Gewerkschafter:innen aus der Zug- und der Autobranche suchten gemeinsame Ansatzpunkte und fanden jede Menge.

Klar wurde, dass es nicht an den technischen Begrenzungen liegt, dass die Autoproduktion nicht in Zug- und ÖPNV-Produktion umgewandelt wird. Und wenn man nicht so viele Züge wie Autos braucht? Wenn dadurch weniger Arbeit da ist? Thorsten Donnermeier, IGM-Vertrauensmensch bei VW, dazu: „Na das ist doch wunderbar, wenn wir dann weniger arbeiten müssen!“. Bei vollem Lohn- und Personalausgleich, versteht sich von selbst.

## Welche Schlussfolgerungen?

Nach den vielfältigen, teils auch kontroversen Themen und Diskussionen bleibt die Frage, wie wir unsere Kämpfe strategisch zusammenführen können. Welche politischen Akteure sollten sich zusammenschließen? Wie ist das anzustellen? Antworten auf diese und andere Fragen gilt es immer wieder zu suchen. Wir bleiben dran!

Haben die hier angerissenen Ideen und Diskussionen Euer Interesse geweckt? Dann schaut doch einfach in den nächsten Wochen immer wieder mal in den YouTube-Kanal der ISO. Dort werden nach und nach Videomitschnitte vieler Veranstaltungen der ÖSK veröffentlicht. ■



Ökosozialistische Konferenz in Köln, 21. Juni 2025.

Foto: Wilfried Hanser.

# Komm zum Jugend-Sommercamp der IV. Internationale!

Vom 19. - 26. Juli 2025 in Virton / Belgien

Ausartende Klimakrise, immer frechere Superreiche, sinkende Real-löhne und globaler Rechtsruck. Der Alltag von Jugendlichen, Migrant:innen, FLINTA, Arbeiter:innen und LGBTQI+\* verschärft sich immer weiter.



**K**apitalismus ist nicht alternativlos. Wir leben es vor. Auf dem Sommercamp der IV. Internationale kommen junge Revolutionär:innen aus ganz Europa zusammen, diskutieren und feiern.

Es wird Thementage geben zu: Antikapitalismus, feministische Bewegung, Antifaschismus, Ökosozialismus, Kampf für die Rechte von LGBTQI+\*.

## Möchtest Du teilnehmen oder hast noch Fragen?

Kontaktiere uns gern per Mail an [sommercamp@intersoz.org](mailto:sommercamp@intersoz.org) oder über Insta: [intersoz\\_org](https://www.instagram.com/intersoz_org).

## Weitere Infos gibt es hier:

[www.intersoz.org/sommercamp](http://www.intersoz.org/sommercamp) bzw. [t.me/InterSozOrgInfo](https://t.me/InterSozOrgInfo). ■

## „Vorwärts und nie vergessen: die Solidarität!“

Sommerseminar der ISO-Rhein-Neckar in Mannheim, Sonntag, 27. Juli 2025, 13:00 - 18:30 Uhr

Bei manchen ist es noch bekannt – das „Solidaritätslied“ von Bertolt Brecht (Text) und Hans Eisler (Musik). Der Refrain dieses 1932 uraufgeführten und lange Zeit sehr populären Songs lautet: „Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht! Beim Hungern und beim Essen, vorwärts und nie vergessen: die Solidarität!“

**F**ür praktisch alle Organisationen, Parteien und Bewegungen, die sich als links verstehen, ist Solidarität ein Schlüsselwort und ein Kampfbegriff. Dies gilt in der Regel auch für Gewerkschaften. Immer wieder erklingt etwa bei antifaschistischen Demos der Ruf „Hoch die internationale Solidarität!“

Solidarität müsste also weitverbreitet und selbstverständlich sein. Aber die Realität zeigt uns: Solidarität ist das Einfache, das anscheinend sehr schwer zu machen ist.

Woran liegt das? Am längst überholten kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem und dem ihm innenwohnenden gnadenlosen Konkurrenzkampf? Oder eher am Versagen und den Krisen der sich als links bezeichnenden Kräfte und der Gewerkschaften? Überhaupt: Was heißt heute *links*? Und: Wie kann es gelingen, nicht nur von Solidarität zu reden, sondern sie zu organisieren und erfahrbar zu machen?

Angesichts des anhaltenden Rechtsrucks mit verschärften Ka-

pitalangriffen, wachsender Armut, fortgesetzter Aufrüstung, Kriegstreiberei und Umweltzerstörung sind das keine akademischen Fragen. Es sind vielmehr für das bloße Überleben und ein gutes Leben entscheidende Herausforderungen.

Unsere gemeinsamen Austausch wollen wir anhand folgender Fragestellungen entwickeln:

1. Wie haben wir als Individuen schon Solidarität erfahren?
2. Wie wurde und wird Solidarität bekämpft?
3. Wie kann Solidarität heute wirksam werden?
4. Wie können wir dazu beitragen?

Wir wollen uns bei unserem diesjährigen Sommerseminar gemäß dem Motto „Vorwärts und nie vergessen: die Solidarität!“ auf die Suche nach Antworten machen.

Im Anschluss an das Seminar werden wir ab 19:00 Uhr mit unserem jährlichen Sommerfest ganz entspannt den Tag ausklingen lassen.

Sommerfest der ISO-Rhein-Neckar in Mannheim, Sonntag, 27. Juli 2025, ab 19:00 Uhr

Unser Sommerfest bietet Raum zum Reden, zum Zuhören, zum Lachen – unter dem Motto: Es lebe das richtige Leben, auch im falschen!

Wir haben ein weitläufiges Festgelände und geeignete Räum-

lichkeiten organisiert. Für Musik und Getränke ist ausreichend gesorgt. Auch der Grill wird so bestückt werden, dass niemand Hunger leiden muss. Dennoch könnt Ihr gerne die eine oder andere Leckerei und vor allem gute Laune mitbringen. ■

**Wir freuen uns sehr auf Eure Teilnahme und bitten aus organisatorischen Gründen um verbindliche Anmeldung. Entweder direkt bei unseren Aktiven oder per E-Mail: [info@iso-rhein-neckar.de](mailto:info@iso-rhein-neckar.de).**

# Vor 500 Jahren: Der Deutsche Bauernkrieg (VI)

E. B.

## Die Bauernaufstände werden oft als „Revolution des Gemeinen Mannes“ bezeichnet. Aber welche Rolle übernahmen dabei die Frauen?

Ihre Bedeutung spielten die (männlichen) Sieger (Adel, Klerus und städtisches Patriziat) herunter. Der damalige revolutionäre Aufbruch wurde jedoch von Frauen entscheidend mitgetragen. Vor allem von Bäuerinnen, Mägden und Frauen von Leibeigenen oder von Tagelöhnern, teilweise auch von Nonnen, Adligen und Stadtbürgerinnen. Sie riskierten ihre Gesundheit und ihr Leben.

Im süddeutschen Raum etwa beteiligten sich bis zu 80 % der waffenfähigen Männer an den Aufständen. Es waren die Bauersfrauen, die in ihrer Abwesenheit die landwirtschaftlichen Höfe am Laufen hielten.

Frauen waren zudem aktiv bei der Versorgung der Kämpfenden mit Nahrung und anderem, als bewaffnete Mitkämpferinnen bei direkten Aktionen gegen Adelsitze und Klöster oder als Botinnen und Kundschafterinnen.

Frauen beanspruchten, die Messe zu halten und Pfarrer zu wählen. Sie organisierten Solidarität mit ihren gefangenen Männern oder flüchteten mit ihnen ins Exil.

Nur sehr wenige Namen sind bekannt: Magdalena Gaismair, Katharina Kreutter, Magdalena Scherer, Else Schmid, Otilie von Gersen ... Vor allem aber ist es „die schwarze Hofmännin“ Margarete Renner aus Böckingen.

Sie wurde als „Hexe“ mit „magischen Kräften“ diffamiert, denn sie hat sich aktiv am bewaffneten Aufstand an der Seite von

Jäcklein Rohrbach beteiligt. Bereits zuvor hatte sie sich offenbar gegen die Obrigkeiten aufgelehnt und ungerechtfertigte Abgaben verweigert.

Neben dem Ruf nach Freiheit und Brüderlichkeit wurde damals auch schon die Forderung nach „Schwesterlichkeit“ laut – und brutal unterdrückt. ■



Käthe Kollwitz, „Losbruch“, („Bauernkrieg“), 1902/03. Bild: Gemeinfrei.

## ISO/IV. Internationale

### Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

### TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- FR, 04.07.25, 18:00h, „Du, Vater, gell der Krieg is was gefährliches“ (Karl Valentin), Texte, Gedichte und Lieder, Stadtteilbibliothek Herzogenried (IGMH), Herzogenriedstraße 50, MA
- SAM, 05.07.25, 14:00 Uhr, Demo „Gaza: Massaker, Aushungern, Vertreibung stoppen!“, ab Stadtbibliothek, Poststraße 15, HD
- DO, 10.07.2025, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solidaritätskomitee, Rhein-Neckar, Gewerkschaftshaus, IGM-Konferenzraum, Hans-Böckler-Str. 1, MA
- SO, 13.07.2025, 15:00 Uhr, 8. Kulturfest bei Schiller, Schillerplatz, B3/C3, MA
- DI, 15.07.2025, 19:00 Uhr, „Helfen ist kein Verbrechen – Plädoyer für die Entkriminalisierung von Lebensretter\*innen“, Abendakademie, MA
- FR, 19.07.2025, 19:00 Uhr, Infoabend der ISO Rhein-Neckar zu aktuellem Thema, MA
- SO, 27.07.2025, 13:00 Uhr, „Vorwärts und nie vergessen: die Solidarität!“, Sommerseminar der ISO-Rhein-Neckar, MA
- SO, 27.07.2025, 19:00 Uhr, Sommerfest der ISO-Rhein-Neckar, MA

### VORSCHAU

- MO, 01.09.2025, Antikriegstag



Impressum:  
ISO Rhein-Neckar  
VfSDP: ISO, 68026 MA

ISO, Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim  
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54  
Email: [info@iso-4-rhein-neckar.de](mailto:info@iso-4-rhein-neckar.de)

Netz: [www.iso-4-rhein-neckar.de](http://www.iso-4-rhein-neckar.de)  
Facebook: [www.facebook.com/iso.4.rn](https://www.facebook.com/iso.4.rn)  
Instagram: [www.instagram.com/isorheinneckar](https://www.instagram.com/isorheinneckar)

